

DIE LINKE.

Stadtfraktion Wiesbaden

Fraktionsinfo Nr. 2 / Sommer 2022

dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de

Wiesbaden beteiligt am Krieg?!

Aufrüstung statt Abrüstung:

US Militär besteht auf Kasteler Gebiet !

Inhalt



„Umweltfreundlich gedruckt auf 100% Recyclingpapier, mit Farben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.“

PREMIERE! Ein städtischer Haushaltsplan einer Mehrheit mit den LINKEN

S.4 Bauen, bauen, bauen - aber für wen?

S.6 Ehrenamtliches Engagement im Kapitalismus

S.8 Westfeld: Ein neues Stadtviertel zwischen Schierstein und Dotzheim?

S.9 Der große Bluff: Aufrüstung statt Abrüstung: US Militär besteht auf Kasteler Gebiet

S.10 Drohen Strommasten Landschaft und Umwelt in den östlichen Vororten zu gefährden?

S.11 Marion Beste - Unsere Vertreterin im Seniorenbeirat stellt sich vor

S.12 Eine linke Sicht auf die Pandemie und ihre Folgen

Impressum

Kontakt zur Fraktion

Geschäftsstelle DIE LINKE.
Stadtfraktion Wiesbaden:
Rathaus, Zimmer 304
Schlossplatz 6
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 31-5426
Fax: 0611 31-5917
dielinke-stadtfraktion@wiesbaden.de
Web:
dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de
FB: dielinkestadtfraktionwiesbaden
Twitter: LINKEFraktionWI
Instagram:
linke_stadtfraktion_wiesbaden

Wann sind wir erreichbar?

Montag bis Freitags: 10-13 Uhr
In den Schulferien: 10-12 Uhr

Diese Zeitung ist kostenlos –
wir freuen uns über Spenden:
DIE LINKE.
Stadtfraktion Wiesbaden
DE65 5105 0015 0277 0037 45

Gestaltung:

Ann-Christine Sparn-Wolf
V.i.S.d.P.: Ingo von Seemen

Abbildungen und Lizenzen:

Titelbild: AdobeStock_463841538
S.2: Ann Christine Sparn-Wolf
S.3: www.mattiaqua.de/baeder/maaraue/
S.5: Ann Christine Sparn-Wolf
S.6&7: Ann Christine Sparn-Wolf
S.8: Christina Kahlen-Pappas
S.9: Erika Noack, Wiesbaden
S.10: Nina Schild
S.11: Marion Beste
S.12: AdobeStock_394728595



PREMIERE!

Ein städtischer Haushaltsplan einer Mehrheit mit den LINKEN

Das hat es in Wiesbaden noch nicht gegeben: Ein städtischer Haushaltsplan, beschlossen mit den Stimmen von GRÜNEN, SPD, LINKEN und Volt gegen die rechte Minderheit. Während noch kurz zuvor von rechter Seite zunächst ungläubig, dann entsetzt vor dem linken Chaos gewarnt wurde, waren die eigentlichen Haushaltsberatungen dann sehr unaufgeregt. Die CDU hatte sich schon recht früh aus einem ernsthaften Dialog verabschiedet mit einer Presseerklärung, in der sie einen „ausgeglichene Haushalt“ forderte, worunter bislang ein Haushaltsplan verstanden wurde, in dem die geplanten Ausgaben den prognostizierten Einnahmen entsprechen, wie es mit der „Schuldenbremse“ bezweckt wird.

Die so genannte „Schuldenbremse“ wird schon seit Jahren mit der Beauftragung von Gesellschaften umgangen. Diese errichten notwendige Bauten und vermieten sie dann über z.B. 30 Jahre an die Stadt. Im städtischen Haushalt tauchen dann keine Schulden auf, die zu tilgen wären, stattdessen aber Mietzahlungen. Diese sind dann regelmäßig höher als es die Tilgungs- und Zinszahlungen wären. Es ist das stillschweigende Eingeständnis, dass für wichtige

Investitionen Geld aufgenommen werden muss, wenn die Baukosten nicht davongaloppieren oder Sanierungsbedarfe sich nicht ausweiten sollen. Eine Alternative ist sicher ein höherer Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen. Wer aber zig Milliarden Euro für Rüstung „verpulvert“, von dem dürfen wir dies nicht unbedingt erwarten.

Durch einen kräftigen Griff in die übermäßig hohen Rücklagen der Stadt (bisheriger Höchststand rund 300 Millionen Euro) konnten drastische Kürzungen und Einschränkungen städtischer Dienstleistungen vermieden werden. Die linke Mehrheit konnte darüber hinaus sogar erhebliche Finanzmittel für den notwendigen sozialökologischen Umbau bereitstellen. Da die erwarteten Bundesmittel zur Bezuschussung eines 365-Euro-Jahresticket ausblieben, konnte dieser große Schritt in Richtung „Nulltarif“ noch nicht gegangen werden. Es konnte aber beschlossen werden, die Kosten für das Jahresticket für Kinder und Jugendliche zu halbieren. Für Sozialleistungsberechtigte soll es ab 1.1.23 sogar nur noch 10 Euro pro Monat kosten. Wir werden gemeinsam mit Umwelt- und Mobilitätsverbänden den politischen Druck vergrößern, um

den ÖPNV auszuweiten, was nicht nur der Umwelt und Gesundheit zu Gute kommt, sondern den Straßenverkehr insgesamt entlastet und Flächen für andere Nutzungen frei macht.

Dass künftig der Besuch von Frei- und Hallenbädern (Ausnahme: Opelbad) für Kinder und Jugendliche kostenfrei sein wird, ist ein weiterer schöner Erfolg. Noch vor wenigen Monaten waren entsprechende Anträge der Stadtfraktion DIE LINKE. gescheitert.

Auch werden die Gebühren bei der städtischen Mediathek (Stadtbibliothek) abgeschafft, so dass die Ausleihe von Büchern und Datenträgern nicht mehr am Geld scheitert.

Die Rahmenbedingungen sind angesichts Pandemie, Aufrüstung, Krieg und Fluchtbewegungen für kommende Haushalte schwierig, wir sind davon überzeugt, dass der politische Druck für eine sozialökologische Wende in der Politik weiter wachsen wird und sich damit neue Chancen auftun.

Mechthilde Coigné,
Finanzpolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Bauen, bauen, bauen - aber für wen?

Auf Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN legte der Magistrat 2018 eine umfassende Analyse - das sogenannte Pestel-Gutachten - der Wohnungssituation in Wiesbaden vor. Demnach gab es zum Ende des Jahres 2016 ein Wohnungsdefizit von ca. 2500 Wohnungen in Wiesbaden - ein Wert der sich bis heute nicht wesentlich geändert hat.

Wohnungen - Bedarf oder Nachfrage?

Im Pestel-Gutachten wird zwischen „Wohnungsbedarf“ und „Wohnungsnachfrage“ unterschieden. Für uns ist der Wohnungsbedarf entscheidend, denn er besteht unabhängig vom Einkommen der Wohnungssuchenden, der Versorgungsaspekt steht im Vordergrund. Ganz anders bei der Wohnungsnachfrage: Hier ist die Zahlungsfähigkeit der Mieter*innen und möglichen Käufer*innen von Eigentumswohnungen entscheidend. Die städtischen Wohnungsgesellschaften können wesentlich zur Deckung des Wohnungsbedarfs in Wiesbaden beitragen. Der Anteil der Wohnungen im Eigentum der Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden beträgt 9,5% des gesamten Wohnungsbestandes, das sind 13.406 Wohnungen (2016). Dies war und ist jedoch für die Aufgabe der Daseinsvorsorge nicht ausreichend. Denn es fallen jährlich mehr „alte“ Wohnungen aus der Sozialbindung heraus als neue gebaut werden. Der Anteil an Sozialwohnungen am Wohnungsbestand ist trotz erhöhter Bautätigkeit weiter gesunken von über 20.000 in den 1980er Jahren auf 9185 im Jahr 2019. Durch die Bautätigkeit der letzten Jahre kann das Angebot im hochpreisigen Bereich bereits als ausgeglichen betrachtet werden kann. Für Schichten mit niedrigen und mittleren Einkommen, stellt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt jedoch ganz anders dar. Aufgrund zu geringer Förderquoten für Sozialwohnungen wurde in den letzten Jahren am Bedarf vorbeigebaut: Unter der Devise „Bauen, bauen, bauen ...“ entstanden vor allem teure Miet- und Eigentumswohnungen, die den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nicht decken können.

- 2795 „Bewerberhaushalte“ für eine geförderte Wohnung waren beim Amt für Soziale Arbeit der LH Wiesbaden am 01.09.2021 registriert.

- Mindestens 50% der Wiesbadener Haushalte sind aufgrund ihres Einkommens berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. „Aufgrund der hohen und stetig steigenden Mietpreise in Wiesbaden können sich diese Haushalte nicht adäquat auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt versorgen.“

- 57,5 % der Mieterhaushalte wenden mehr als 30% ihres Einkommens für Wohnkosten (Kaltmiete + Heizung + Nebenkosten) auf. (Deutsche Großstädte: 49,2%), 32,5 % der Mieterhaushalte wenden mehr als 40% ihres Einkommens für Wohnkosten auf. 7,4 % der Mieterhaushalte wenden mehr als 50% ihres Einkommens für Wohnkosten auf.

- Bei 8,1% der Mieterhaushalte ist die Wohnung zu klein, bezogen auf die Zahl der Bewohner*innen (77 Deutsche Großstädte 5,3%)

- 62,6% aller Mieterhaushalte in Wiesbaden leben in zu kleinen oder zu teuren Wohnungen (77 Deutsche Großstädte 52,6%)

Gentrifizierung durch Zuwanderung?

Die Prognosen für die Landeshauptstadt Wiesbaden gehen von einem beachtlichen Bevölkerungswachstum bis 2040 und einem entsprechenden Bedarf an Wohnraum aus. Wie das Amt für Statistik und Stadtforschung feststellt, ist seit 2011 die Bevölkerung Wiesbadens jedoch nur um rund 7500 Personen angewachsen, das sind +2,8 %. Das Bevölkerungswachstum hat sich in den letzten Jahren gegenüber den Prognosen deutlich verlangsamt.

Dabei hat das Wohnungsangebot Einfluss auf das Bevölkerungswachstum, aber auch auf die Bevölkerungsstruktur: Bei einem mangelnden Angebot bezahlbarer Wohnungen ist mit einer Abwanderung von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu rechnen, bei einem ausgeglichenen bis hohen Angebot teurer Wohnungen mit

einem Zuzug einkommensstarker, zahlungskräftiger Schichten. Dies könnte man als „Gentrifizierung“ durch Zuwanderung bezeichnen.

Wenn geschätzt 50 % aller Wiesbadener Haushalte aufgrund ihres Einkommens berechtigt sind, eine geförderte Wohnung zu beziehen, kann man davon ausgehen, dass sich diese Haushalte nicht auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt versorgen können. Eine Abwanderung ins Umland wäre die Folge.

Der Mangel an verfügbaren, bezahlbaren Mietwohnungen kann als „harter Kern des Wohnungsproblems in Wiesbaden“ benannt werden kann. Oberbürgermeister Mende zieht hieraus den Schluss der „Notwendigkeit eines Neubaus an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen.“

Unbestritten ist, dass in Wiesbaden der Nachholbedarf an bezahlbaren Wohnungen gedeckt werden muss. Dies muss aber auch durch die Verlängerung und Schaffung von Mietpreisbindungen im Wohnungsbestand ergänzt werden. Im Haushalt der Stadt sind dafür Mittel eingestellt worden. Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2021 - einer der ersten gemeinsamen Anträge von SPD, GRÜNE, LINKE und VOLT - wurden die Quoten für sozialen Wohnungsbau auf 30% für private Bauprojekte und 40% bei den städtischen Gesellschaften erhöht. Weitere Erhöhungen der Quoten, auch für Projekte gemeinschaftlichen Wohnens sollen folgen.

Brigitte Forßbohm
*Planungspolitische Sprecherin,
Mitglied im Ausschuss für
Stadtentwicklung, Planung und Bau*

www.wilhelms9.de WILHELMS  www.wilhelms9.de

Neun Stadtvillen Neun Identitäten

Die moderne Interpretation
eines Villenviertels

Neubau Eigentumswohnungen ■ Provisionsfreier Verkauf

Bauen mit Leidenschaft und Sachverstand.

- ▣ Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau
- ▣ Sanierungen
- ▣ Schlüsselfertigbau

www.broemer.de



Brömer & Sohn GmbH
Baunternehmen
Telefon 0611 / 989 35 0
info@broemer.de

Ehrenamtliches Engagement im Kapitalismus

Ehrenamt.

Ein wohlklingendes Wort – bestehend aus den Wörtern Ehre und Amt.

Suggeriert wird hier, dass es eine Ehre sei, ein Amt unentgeltlich auszuüben. Denn genau das tun Ehrenamtler*innen. Sie leisten der Gesellschaft einen Dienst und werden dafür nicht (monetär) entlohnt. Ehre soll Lohn genug sein. Das betrifft viele gesellschaftliche Tätigkeiten. Jugendtrainer*innen im Sport, die freiwillige Feuerwehr, Pfadfinder*innen, Helfer*innen für Geflüchtete und sogar Politiker*innen auf kommunaler Ebene arbeiten nicht für Geld. Sie arbeiten für die Sache, für die Ehre. Manchmal gibt es eine Aufwandsentschädigung. Ein pauschaler Betrag, der die Arbeit honorieren soll.

Bei einem Stadtverordneten in Wiesbaden sind das 660 € im Monat. Natürlich muss das Geld versteuert werden. Bei Jugendtrainer*innen gibt es oft auch gar nichts.

Das Konzept dahinter klingt nahezu sozialistisch. Jede*r tut etwas für die Gesellschaft ohne einen direkten finanziellen Gegenwert zu erhalten. Der Gegenwert ist eine bessere Gesellschaft. Man stelle sich nämlich mal eine Gesellschaft ohne Ehrenamtler*innen vor. Gesangsvereine müssten ihre Chorleiter*innen bezahlen, Kindersportmannschaften ihre Trainer*innen, Pfadfinder*innen ihre Gruppenleiter*innen u.s.w.

All diese Dinge müssten organisiert und bezahlt werden. Nur von wem? Ehrenamt springt oft dort ein, wo es kein Geld zu verdienen gibt. Eine F-Jugend im Fußball zu trainieren, bringt auch bei Erreichen des Meistertitels keine Eintrittsgelder und große Spon-

soren ein. Die örtliche Theatergruppe oder der Gesangsverein wird sich bezahlte Kulturschaffende schlichtweg nicht leisten können. All diese Aktivitäten müssten unterbleiben. Die Folgen für die Gesellschaft wären schwerwiegend. Und auf lange Sicht auch sehr teuer.

Manchmal springt aber Ehrenamt auch dort ein wo der Staat versagt. So gibt es Menschen, die ehrenamtlich in Alten- und Pflegeheimen mit den Bewohner*innen spielen oder spazieren gehen, es gibt ehrenamtliche Helfer*innen in Geflüchtetenunterkünften, Menschen die Essen an Wohnungslose verteilen u.v.m.. Diese Art des Ehrenamtes ist oft umstritten.





Die Stadtverordneten Ingo von Seemen und Mechthilde Coigné zu Gast beim Freiwilligenzentrum in Wiesbaden

Ist es richtig das Versagen des Staates durch unentgeltliche Arbeit zu ersetzen? Schaut man sich an, wer von dieser ehrenamtlichen Arbeit profitiert (nämlich alte, kranke, arme und schutzlose Menschen), dann muss die Antwort natürlich JA lauten.

Auf der anderen Seite nimmt diese Art des Ehrenamts Druck vom Staat, die Probleme selbst anzugehen. Ehrenamt ist notwendig für das Funktionieren einer Gesellschaft. Und es entzieht sich weitgehend der kapitalistischen Logik von Leistung und Gegenleistung, von Konkurrenz und Gewinnstreben.

Wer in Deutschland groß wird, wird aber genau mit dieser Logik ständig konfrontiert. Schon in der Schule geht es darum, Leistung zu zeigen. Und zwar bitte mehr als das Nachbarskind. Für das Helfen im Haushalt bekommen viele Kinder Geld. In der Schulmannschaft spielen nur die Besten.

Trotzdem gibt es in Deutschland über 16 Millionen Menschen im Ehrenamt. Das ist umso erstaunlicher, weil Menschen die ehrenamtlich aktiv sind, im kapitalistischen System Nachteile erleiden.

Das Ehrenamt kostet sie oft deutlich mehr als es ihnen an Aufwandsentschädigung bringt. Fahrten zu den Veranstaltungen, Material und vor allem Zeit. Zeit für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung ihrer Tätigkeit. Dazu kommen Nachteile im Beruf. Im Vorstellungsgespräch kann eine ehrenamtliche Tätigkeit zur Nichteinstellung führen. Man ist unflexibler und stärker belastet als vergleichbare Kolleg*innen. Wenn die ehrenamtliche Arbeit dann auch noch politisch ist wird es noch schwieriger.

Ein Mandat für Die LINKE?

Das kann ein Ausschlusskriterium sein.

Hilfe für Geflüchtete? Das sieht nicht jede*r Personalchef*in gerne. Familie, Beruf, Hobby, Ehrenamt, das ist eine hohe Belastung. Wie wollen sie das alles schaffen? Fragen dieser Art sind beliebt.

Trotz alledem engagieren sich Menschen weiterhin. Oft mehr als gut für sie ist. Das Menschenbild des homo oeconomicus kann das nicht erklären. Wir alle können froh sein, dass Menschen soziale Wesen sind.

Und, dass der Kapitalismus noch nicht alle Lebensbereiche durchdrungen hat. Die Ehre des Amtes und der Dienst an der Gemeinschaft ist für viele eben doch wichtiger als der individuelle Vorteil. Es besteht noch Hoffnung auf eine Welt in der Ehrenamtliche so anerkannt werden, dass es für sie nicht zum Nachteil wird. Lasst uns alle dafür streiten. Egal ob im Haupt- oder im Ehrenamt!

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender



Das Gebiet befindet sich zwischen der Gemarkung Dotzheim/Sauerland im Norden und wird von der Schönaustraße im Westen, der Saarstraße im Osten und im Süden von der A66 begrenzt.

Westfeld: Ein neues Stadtviertel zwischen Schierstein und Dotzheim?

Das Westfeld – auch „Freudenberger Hang“ oder von der Stadt „Perspektivfläche West“ genannt – ist das Gebiet zwischen Saar- und Schönaustraße sowie zwischen Autobahn A 66 und Willi-Werner-Straße. Es liegt auf Schiersteiner und auf Dotzheimer Gebiet.

Bisher wird das weitreichende Areal vor allem für Landwirtschaft und Gartenbau genutzt und ist beliebt bei Spaziergänger*innen.

Doch dem Westfeld droht ein kompletter Umbruch: Planungen für eine großflächige Bebauung könnten das letzte größere Grüngelände im Westen Wiesbadens und inmitten der bereits dicht besiedelten Stadtteile Dotzheim und Schierstein zerstören. Die Idee zur Bebauung des Gebiets ist nicht ganz neu. Sie taucht bereits – seit an Seit mit dem Ostfeld – im Integrierten Stadtentwicklungskonzept WISEK 2030+ auf, das 2018 veröffentlicht wurde. Laut diesem Konzept hat das Westfeld Potenzial für 3.000 Wohnungen (entspricht ca. 6.000 Einwohner*innen) und Gewerbe. Der Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Hartmut Bohrer und Zeitungsberichten war zu entnehmen, dass die Stadt außerdem bereits seit einem Jahr mit dem Land Hessen Gespräche über das Westfeld führt. Es gehe darum, mehrere Einrichtungen der Landespolizei auf dem Areal an-

zusiedeln – vornehmlich im südlichen Schiersteiner Teil.

Das Westfeld ist damit in vielerlei Hinsicht, die „kleine Schwester“ des Ostfelds. Hier wie dort geht es um die Versiegelung großer landwirtschaftlicher Flächen. In beiden Fällen soll außer Wohnungsbau auch Platz für Behörden geschaffen werden.

Die Ortsbeiräte der betroffenen Stadtteile Schierstein und Dotzheim wurden hierüber erst im März 2022 offiziell, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit, informiert. Im Schiersteiner Ortsbeirat treffen die Planungen bislang offenbar fraktionsübergreifend auf keine Gegenliebe und werden kritisch hinterfragt. Unter den Fraktionen im Dotzheimer Ortsbeirat haben sich die Grünen öffentlich wahrnehmbar gegen die Pläne positioniert, das Westfeld zu bebauen. Ein Grund für die Ablehnung ist zum einen die außerordentlich hohe Bedeutung des Westfelds für unser Stadtklima. Die Stadt Wiesbaden selbst schreibt zu Teilen des Westfelds in ihren Klimakarten:

- es sei ein Kalt- und Frischluftentstehungsgebiet
- Umnutzungen baulicher Art müssten aus klimafunktionalen Gründen grundsätzlich ausgeschlossen bleiben
- es bestehe die Gefahr zur Verknüpfung

von Überwärmungsgebieten durch bauliche Entwicklungen

Zudem wird das Gebiet von Landwirten und Gartenbaubetrieben bewirtschaftet, die unter anderem auch zur regionalen Versorgung mit Obst und Gemüse beitragen. Die Böden gelten als besonders hochwertig. Der „Bodenviewer“ des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) weist für die südlichen Flächen des „Westfelds“ den höchsten „Funktionserfüllungsgrad“ in der „Bodenfunktionsbewertung“ aus. Das Ampelsystem des Bodenviewers steht für diese Flächen auf Rot. Das bedeutet: möglichst Freihalten.

Weitere Informationen

Hier sammelt die Initiative Zukunft Schierstein immer die aktuellsten Informationen zum Westfeld:

<https://zukunft-schierstein.de/westfeld/>

Christina Kahlen-Pappas,
Mitglied der Bürgerinitiative ‚Zukunft Schierstein‘ und der gleichnamigen Fraktion im Ortsbeirat Schierstein sowie stellvertretende Ortsbeiratsvorsitzende

Der große Bluff:

Aufrüstung statt Abrüstung: US Militär besteht auf Kasteler Gebiet

Vor rund 10 Jahren kam das europäische Hauptquartier der US Armee von Heidelberg nach Wiesbaden – freudig begrüßt von den Stadtverordneten der CDU, GRÜNEN und FDP. (Nur eine GRÜNE stimmte mit „Nein“.) In Heidelberg waren die militärischen Ausbaupläne auf keine Gegenliebe gestoßen. Bis auf ein einziges städtisches Amt hatten auch in Wiesbaden alle anderen Ämter gegen die Ausweitung der militärischen Anlagen Bedenken vorgebracht. Aber die Rathauskoalition setzte sich darüber hinweg. Der erste Leidtragende des neuen Headquarters (USAREUR) war die Domäne Mechtildshausen der Wiesbadener Jugendwerkstatt (WJW). Sie musste 29 ha Land ans amerikanische Militär abgeben. Zum Ausgleich erhielt der ökologische Anbaubetrieb WJW dann Flächen, von denen andere Landwirte weichen mussten. Den Ausbau der Kasernen- und Flugplatzanlage in Erbenheim versuchte die Stadtregierung kritischen Stimmen schmackhaft zu machen, indem sie in Aussicht stellte, dass mit dem Umzug und der geplanten umfangreichen neuen Bebauung auf dem Gelände in Erbenheim die mitten im Wohngebiet von Mainz-Kastel gelegenen militärischen Flächen einer zivilen Nutzung zugeführt werden könnten. Dies schien nicht abwegig, ist die räumliche Entfernung der verschiedenen Flächen von einigen Kilometern in täglichen Staus doch auch für das Militär „suboptimal“. So löste im Jahre

2015 eine Pressemitteilung der Stadt Freude aus: Die US Army habe erklärt, bis 2022 bzw. 2023 militärische Flächen, darunter das ca. 25 ha große Gelände „Kastel Storage Station“, mitten im Kasteler Wohngebiet, an die Bundesrepublik Deutschland zurückzugeben. Anlässlich der jährlichen Treffen des Deutsch-Amerikanischen Ausschusses in den Jahren 2017 und 2018 wurde dies seitens der US Army auch immer wieder bekräftigt. Ja, ein kleiner Teil des Geländes „Kastel Housing Area“ wurde in der so genannten „Flüchtlingskrise“ tatsächlich sogar vorfristig zurückgegeben. In den jahrelang leerstehenden Gebäuden der US-Armee sind bis heute von der Stadt über 400 Geflüchtete untergebracht. Auf einem anderen Teil der zurückgegebenen, einer vom Bund an die Stadt verkauften Fläche bauen die stadteigenen Gesellschaften SEG und GWW gerade 79 Wohnungen. Doch das war es schon mit den zugesagten Rückgaben an das „Gastgeberland“.

Im Herbst 2021 wurde die Zusage seitens der US Army dann „gecancelt“. Das mittlerweile für Europa und Afrika zuständige Hauptquartier, zu dem auch (laut SPIEGEL) das zentrale Kommunikationszentrum des US-Geheimdienstes NSA für Europa, Afrika und Asien gehört, okkupiert weiter die in seiner Verfügungsgewalt stehenden Flächen in Mainz-Kastel. Im November 2021 wurde dort ein 56th Artilleriekommando stationiert, im

September eine 2nd Multi-Domain Task Force. Beide Stationierungen waren bereits ein Jahr bzw. zwei Jahre zuvor – also noch während der Trump-Präsidentschaft – vorbereitet worden. Beim 56th Artilleriekommando handelt es sich um die Reaktivierung einer Einheit, die Ende der 80er-Jahre für die Steuerung der Pershing-Raketen und der „Cruise Missiles“ zuständig war. Die geplante Stationierung dieser Raketen in Deutschland war Anlass für die große Friedensbewegung in Deutschland und Europa. Schließlich konnte durch Abrüstungsverträge erreicht werden, dass diese Stationierungen annulliert wurden. Die Strategie der Osterweiterung der NATO und der weiteren Aufrüstung mit neuen Raketen- und anderen Waffensystemen hat den Bedarf des Militärs an nutzbaren Flächen wieder erhöht. Mit der Invasion russischer Truppen in die Ukraine ist es noch schwieriger geworden, die Rückgabe solcher Flächen, 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, einzufordern. Eine Partei, die dem Frieden verpflichtet ist, wird aber davon nicht abrücken und ebenso nicht DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden.

Hartmut Bohrer

war in den zurückliegenden vier Wahlperioden Fraktionsvorsitzender. 1985 wurde er Ortsbeiratsmitglied in Mainz-Kastel, ist seit der letzten Kommunalwahl erneut Ortsvorsteher dieses Stadtteils und seit 8. Februar 2022 Mayor for Peace



Luftaufnahme vom Kastel Storage
Erika Noack, Wiesbaden

Drohen Strommasten Landschaft und Umwelt in den östlichen Vororten zu gefährden?

Das Energieunternehmen Syna plant eine neue Hochspannungsfreileitung mit 30 Metern hohen Masten. Sie soll quer durch Biotope und geschützte Gebiete in Wiesbadens Osten verlaufen.

Wirtschaftlichen Interessen folgend, soll auf den Gebieten der vorgenannten Vororte von Wiesbaden durch Naherholungsgebiete kostengünstig eine Stromfreileitung verlegt werden. Dabei hat die Firma Syna bis heute keinen Gesamtplan für die bereits vorhandenen Stromtrassen in diesem Bereich vorgelegt. Auch Fragen der Bürger*innen oder der Ortsbeiräte konnten bis zum jetzigen Zeitpunkt nur recht notdürftig beantwortet werden. Dies betrifft insbesondere Umweltfragen, welche gar nicht oder unzureichend beantwortet wurden. Nicht alle verfügten außerdem über die Möglichkeit, an den Informationsveranstaltungen teilzunehmen, die noch dazu zeitlich eng begrenzt waren. Teilweise waren die Aussagen der Syna in diesen Konferenzen widersprüchlich. Zum einen gab man beispielsweise an, dass es sich bei der geplanten Freileitung nur

um eine zusätzliche Sicherheitsleitung handelt. In einer anderen Konferenz wurde diese Leitung als Hauptleitung bezeichnet.

Eine Bürger*inneninitiative in Kloppenheim konnte in Verhandlungen mit der Syna erreichen, dass die geplante Hochspannungsleitung von Bierstadt nicht als Freileitung, sondern voraussichtlich als Erdkabel verlegt wird. Dafür hat die Bürgerinitiative in Kloppenheim viele Unterschriften gesammelt und an den Bürgermeister übergeben. Jedoch soll der Streckenabschnitt von Igstadt ab den Bahngleisen nach Medenbach weiterhin oberirdisch als Freileitung verlegt werden. Dies sorgt für Unmut in Igstadt, Medenbach und Breckenheim, wo sich nun ebenfalls eine Bürgerinitiative gegründet hat, welche schon knapp 1000 Unterschriften sammeln konnte. Sie fordert, dass die Stromtrasse auf ihrem Gebiet ebenfalls, wie in Kloppenheim, unterirdisch entlang bestehender landwirtschaftlicher Wege verlegt wird. „Es gibt bereits mehrere Leitungen, die genutzt werden

könnten. Alle diese Leitungen werden in den vorgelegten Plänen nicht ausgewiesen und nur auf Nachfrage offenbart. Der Bedarf an einer neuen Leitung ist nicht gegeben und auch nicht nachgewiesen“, sagt Ulli Vesper von der Bürgerinitiative „Keine Hochspannungsfreileitung durch unser Ländchen“.

Für DIE LINKE ist wichtig, dass eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden wird, welche die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger*innen und die Umwelt in den Naherholungsgebieten nicht nachhaltig schädigt. Hierfür bedarf es zunächst der geforderten und umfangreichen Aufklärung, in die die Bürgerinnen und Bürger sowie Grundstücksbesitzer*innen besser einbezogen werden. Dafür setzen wir uns ein.

Nina Schild
Umweltpolitische Sprecherin und
Medenbacher Ortsbeirätin





Marion Beste

Unsere Vertreterin im Seniorenbeirat stellt sich vor

In Wiesbaden leben über 75 000 Seniorinnen und Senioren, deren Interessen der Seniorenbeirat vertritt und den sie alle vier Jahre wählen können. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden von den Parteien, Kirchen und sozialen Organisationen wie dem VdK aufgestellt. Die 21 Mitglieder teilen sich auf drei Arbeitskreise auf: Gesundheit und Soziales, Kultur und Öffentlichkeit und Stadtplanung, Bau und Verkehr. Deren Sprecherinnen und Sprecher gehören dem Vorstand an.

Wir besuchen Ausschuss- und Ortsbeiratssitzungen, den Präventionsrat und sind tätig in verschiedenen Netzwerken. Dort haben wir, ebenso wie in der Stadtverordnetenversammlung, Rederecht. Wir arbeiten mit der Abteilung für Altenarbeit und dem Ausländerbeirat zusammen. Einmal im Monat organisieren wir eine öffentliche Veranstaltung. Ich vertrete jetzt in der zweiten Legislaturperiode DIE LINKE. im Seniorenbeirat und bin Sprecherin des Arbeitskreises Gesundheit und Soziales.

Themen hier sind z.B. die Situation in Alten- und Pflegeheimen, die wir vor Corona regelmäßig besucht haben,

die Pflege insgesamt, Unterstützungsmöglichkeiten zu Hause aber auch Teilnahmemöglichkeiten im öffentlichen Raum: Sicherheit auf Straßen und Gehwegen (E-Roller), Gestaltung der Fußgängerzone, Trinkbrunnen, ÖPNV, der leidige Dauerbrenner öffentliche Toiletten und vieles mehr. Seit Monaten verfolgen wir die unzulängliche Impfkampagne der Stadt und machen Verbesserungsvorschläge.

Insgesamt ist die Zusammenarbeit mit der Stadt zäh und die zu bohrenden Bretter dick, aber wir sind hartnäckig. Das mir wichtigste Thema ist die Teilhabe älterer Menschen am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben. Für etwa 1/4 der Älteren ist das nicht gegeben. Natürlich ist nicht alles auf städtischer Ebene zu lösen, aber die Stadt muss Einfluss nehmen auf die Preisgestaltung bei Eintritten (Schwimmbäder, Theater, Museen, Konzerte, Vorträge), bei dem ÖPNV (die 365 Euro-Jahreskarte ist für Privilegierte, Ärmere haben keinen Vorteil davon). Außerdem muss bezahlbarer Wohnraum erhalten bzw. geschaffen werden sowie Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen

Raum ohne Verzehrzwang. Innerhalb des Seniorenbeirats galt es, hierfür ein Sensorium zu schaffen. Auf einer Klausurtagung habe ich in einem Vortrag über das Ausmaß von Altersarmut informiert. Es ist unabdingbar, dass alle Menschen ihre Würde behalten, auch ältere, behinderte und ärmere Menschen. Niemand darf zurückgelassen werden.

Wichtig ist mir auch der direkte Kontakt zu Menschen, die man vertritt. Ich habe deshalb als ausgebildete Sicherheitsberaterin für Senioren und Seniorinnen eine monatliche Telefonsprechstunde für Geschädigte von Trickbetrügnern eingerichtet und auf meine Initiative hin ist jetzt jede Woche donnerstags unser rotes Telefon für alle Anliegen freigeschaltet. Wir kümmern uns.

Obwohl DIE LINKE nur einen Sitz im Seniorenbeirat hat, ist unser Einfluss durch sachliche und engagierte Arbeit unübersehbar.

Marion Beste

Vertreterin der Stadtfraktion DIE LINKE. im Seniorenbeirat Wiesbaden

Eine linke Sicht auf die Pandemie und ihre Folgen:



Die Corona-Pandemie hat verschiedene Probleme gezeigt. Einerseits den Klassenkampf von oben gegen unten, andererseits den Versuch faschistischer und antisemitischer Kräfte, Bürger*innen an sich zu binden. Ersteres sieht man in Bezug auf die Doppelmoral der Bundesregierung. Die Individuen mussten sich privat sozial isolieren, während die Wirtschaft mit Kurzarbeit und oft sogar einem Verbot, medizinische FFP2-Masken zu tragen, uneingeschränkt weiterlaufen sollte. Egal ob bei dem Riesen Amazon im Logistiklager oder im Baumarkt von nebenan. Kleingewerbe und -betriebe waren am zerbröckeln, während die Großkonzerne und Unternehmer*innen sogar noch mehr auf ihrem Konto hatten.

Ein weiterer sozialer Missstand zeigte sich im Umgang mit dem Bereich der Pflege: Mehr als einmalige Boni und Applaus gab es nicht als Antwort. Auch der seit Jahren steigenden Tendenz privater

Krankenhäuser wird nichts entgegen gesetzt. Gerade die SPD zeigt dabei ihr gelbes Gesicht hinter der roten Maske. Durch Demonstrationen so genannten „Querdenker“ – Menschen mit Existenzängsten, jedoch auch durchsetzt von neonazistischen Kräften und antisemitischen Gedankengut - wird versucht Verschwörungsideologie quer durch die Gesellschaft zu streuen. Auch in Wiesbaden waren Querdenker unterwegs. Aus taktischen Gründen teilte man sich zur Jahreswende 21/22 auf die kleineren Vororte dezentral auf. Genannt seien hier Bad Schwalbach, Taunusstein oder Idstein. Das passierte vermutlich, da ihnen in der Landeshauptstadt der Platz durch Gegendemonstrationen und Polizei genommen wurde. Auf den Gegenaktionen, an denen auch ich teilnahm, war auffällig, dass Demonstrationen von Querdenkern, auch unangemeldet stattfinden durften, während Gegendemonstrant*innen durch die

Polizeikräfte behindert wurden – trotz des Einhaltens von Pandemie-Auflagen. Zudem war es sehr unschön zu sehen, wie an einem Ende von deren Demonstrationen Kinder mitliefen und auf der anderen Seite stramme Neonazis mit „Patrioten“-Pullover.

Schlussendlich stellt sich mir die Frage, wie die deutsche Linke besser hätte reagieren können. Wie hätte man diese Existenzängste besser auffangen können? Ein Grund ist vermutlich, dass rechtes Gedankengut leichte Antworten auf komplizierte Fragen gibt. Doch klar ist auch: Die Menschen, die Angst haben, sind nicht gleich Faschisten, man muss sich nur klar gegen diese abgrenzen. Aufgabe linker Politik ist es, diese Menschen zu verstehen und für sie zu kämpfen.

Lennart Birnbaum,
*Praktikant der Stadtfraktion DIE LINKE.
Wiesbaden im Januar 2022*